

Michael Wendl

Arbeitszeitverkürzung – Klappt nicht im Kapitalismus



Montage: J. Römer

Bei den Gewerkschaftslinken ist Arbeitszeitverkürzung wieder populär. Der Anlass dafür ist die aktuelle Wirtschaftskrise, in der mit einer deutlich steigenden Arbeitslosigkeit gerechnet werden muss. Dabei erfolgt dieser Anstieg auf der Basis einer bereits hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die offiziell 3,4 Millionen Arbeitslosen markieren eine statistische Konstruktion. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt aktuell bei rund 4,5 Millionen, rechnen wir die Effekte der Kurzarbeit hinzu, bei rund 4,9 Millionen. Insofern klingt die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, in den Worten der Befürworter nach Arbeitsumverteilung, auf den ersten Blick einsichtig und plausibel. Das vorhandene Arbeitsvolumen soll auf mehr Köpfe verteilt werden. In diese bestechend einfache Sichtweise gehen aber Annahmen ein, die aus

einer sozialwissenschaftlichen Perspektive unhaltbar sind.

Die erste Kritik lautet: Der Arbeitsmarkt kennt keine Arbeitsmengen oder Arbeitsfonds, die sich auf mehr Beschäftigte verteilen lassen, sondern unterschiedlich qualifizierte Arbeitskräfte. Marx hat nicht nur diese Annahme eines Arbeitsfonds hart kritisiert (MEW 23, S. 636ff), er hat auch auf die Gefahr der Verwechslung von Arbeit und Arbeitskraft hingewiesen (MEW 23, S. 562). Auf dem Arbeitsmarkt bieten sich Arbeitskräfte an und es werden Arbeitskräfte nachgefragt. Der Lohn ist dabei gerade nicht der Preis der verausgabten Arbeit, sondern der Preis für das zur Verfügung stellen der Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit. Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, reduziert sich das Angebot an kumulierter Arbeitskraft auf

dem Arbeitsmarkt. Bei steigender Produktion erhöht dies die Nachfrage nach Arbeitskräften, bei sinkender Produktion verringert es den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitverkürzung hat daher also Beschäftigungseffekte, aber diese sind relativ niedrig. Sie sind am größten bei einer anziehenden Konjunktur, wenn die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften steigt. Dieser Effekt der Arbeitszeitverkürzung kann, wie wir gegenwärtig sehen, auch durch das Instrument der Kurzarbeit genutzt werden. Arbeitszeitverkürzung sichert in der Krise zumindest kurzfristig ein bestimmtes Niveau der Beschäftigung. Aber den Vertretern der Arbeitsumverteilung geht es um mehr. Sie konzentrieren die Auseinandersetzung um den Abbau der Massenarbeitslosigkeit in der Hauptsache auf das Instrument der Arbeitszeitverkürzung, die dann bei hoher

Arbeitslosigkeit entsprechend weitgehend – in Richtung 30-Stunden-Woche – ausfallen muss. Wer Arbeit hat, gibt Arbeit ab und zeigt damit Solidarität mit den Arbeitslosen.

MIT ODER OHNE LOHNAUSGLEICH? Wenn aber durch radikale Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitsumverteilung die Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll eingeschränkt werden soll, stellt sich die Frage des entsprechenden Lohnausgleichs. Gibt es ihn nicht, führt Arbeitszeitverkürzung zu Lohnsenkungen und damit zur Verminderung der effektiven Nachfrage. Diese aber ist ausschlaggebend für das Niveau der Beschäftigung.

Zudem wird damit bei einer Reihe von Arbeitsverhältnissen ein gesellschaftlich akzeptables Lohnniveau unterschritten, ein Prozess, mit dem wir bereits seit einer Reihe von Jahren durch die radikale Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland konfrontiert sind. Deshalb wird in der Regel auch ein voller Lohnausgleich gefordert. Für den theoretischen Fall, dass dies durchgesetzt werden kann, steigen die Arbeitskosten entsprechend und verringern die Liquidität der Unternehmen. Der Lohnverlust ist gesamtwirtschaftlich negativ, der Lohnausgleich dagegen einzelwirtschaftlich negativ. Im theoretischen Modell ist eine deutliche Lohnerhöhung durchaus denkbar, da Deutschland seit 1996 einen mit stagnierenden bzw. nach 2001 sogar sinkenden Lohnkosten einen Sonderweg in der Einkommensentwicklung gegangen ist, der eine bereits starke internationale Wettbewerbsposition weiter ausgebaut hat. In der gegenwärtigen Krisenkonstellation werden deutliche Lohnkostensteigerungen aber zu einer Vertiefung der Krise führen, weil sie den Unternehmen eine bereits angespannte Liquidität nehmen würden. Hinzu kommt, dass es, hervorgerufen durch die Finanzmarkt- und Bankenkrise, bereits eine Kreditklemme gibt, die zu einer Verringerung der Betriebsmittelkredite geführt hat. Eine weitere Fehlannahme, die in der Theorie der Arbeitsumverteilung steckt,

ist die Überschätzung des Arbeitsmarkts. Der Arbeitsmarkt ist nicht die entscheidende Ebene für das Entstehen von Beschäftigung. Hier haben die Theorie der Arbeitsumverteilung und die neoklassische Lohn- und Beschäftigungsdoktrin eine gemeinsame Schnittmenge: Es wird angenommen, dass Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt entsteht. Die neoklassische Theorie will mit einem sinkenden „Gleichgewichtslohn“ den Arbeitsmarkt räumen, die Gewerkschaften mit Arbeitsumverteilung ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt herstellen. Beiden Sichtweisen ist gemeinsam, dass sie Arbeit mit Arbeitskraft verwechseln. Die Gewerkschaften konzentrieren sich politisch auf diese Ebene, weil das ihre Handlungsebene ist. Hier haben sie die Aufgabe, über Tarifverhandlungen den Preis der Arbeitskraft zu bestimmen (wobei sie in der Regel nicht wissen, dass mit dem Lohn die Arbeitskraft bezahlt wird. Wer für „gleiche Arbeit“ „gleichen Lohn“ will, verrät schon durch die Sprechweise, dass er Arbeit mit Arbeitskraft verwechselt). Es ist aber eine Illusion, über diese Ebene Beschäftigung zu erzeugen.

HIERARCHIE DER MÄRKTE Der Kapitalismus ist von einer Hierarchie der Märkte gekennzeichnet. Ausschlaggebend sind die Finanzmärkte, davon abhängig die Gütermärkte, von diesen wiederum abhängig die Arbeitsmärkte. Das ist eine der zentralen Erkenntnisse in der Theorie von Keynes. Der keynesianische Ansatz rückt den Vermögens- und Gütermarkt ins Zentrum der Analyse und nicht den Arbeitsmarkt. Auch Marx weist darauf hin, dass die Größe der Kapitalakkumulation die unabhängige Variable, die Lohngröße dagegen die abhängige ist (MEW 23, S. 648). Die vorliegenden empirischen Untersuchungen über die Entwicklung der Beschäftigung zeigen eindeutig, dass die Beschäftigung der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen folgt, diese wiederum von den Bedingungen ihrer Finanzierung auf den Vermögens- oder Finanzmärkten abhängen. Der durch die „Agenda 2010“ in Deutschland ausgelöste zusätzliche Lohndruck hat die Entwicklung

der Beschäftigung nach 2002 blockiert und der erst im Laufe des Jahres 2005 für Deutschland einsetzende Konjunkturaufschwung wurde durch den starken Anstieg des Exports in einer florierenden Weltwirtschaft getragen. Der Beschäftigungsanstieg kam durch die internationale Nachfrage, nicht durch den Arbeitsmarkt zustande.

Bei „großen“ Wirtschaftskrisen werden die Konzepte für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erheblich anspruchsvoller als einfache Rechenexempel einer Umverteilung der gegebenen Arbeitsmenge auf mehr Köpfe. Es geht um Regulierung der Finanzmärkte, um einen schrittweisen Umbau einer einseitig exportgetriebenen Industriegesellschaft in eine stärker binnenmarkt- und dienstleistungsorientierte Wirtschaftsgesellschaft. Es geht um die Entwicklung einer antizyklisch wirkenden Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, einer wachstums- und beschäftigungsorientierten Geldpolitik der Zentralbank, um Einkommensumverteilung, Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Anhebung niedriger Sozialerwerbseinkommen, Durchsetzung eines Mindestlohns. Im Kern geht es um eine „Sozialisierung“, also eine gesellschaftliche Steuerung der Investitionen.

Große Teile der politischen und gewerkschaftlichen Linken reagieren auf die Wirtschaftskrise dagegen mit auffallend simplen Forderungen. Diese sind gerade wegen ihrer Einfachheit halbwegs populär und sie basieren auf einem, wenn auch unterschiedlich akzentuierten „Alltagsbewusstsein“ von Kapitalismus, Sichtweisen also, die an der „Oberfläche“ kapitalistischer Gesellschaften bleiben. Sie sind auch nicht kapitalismuskritisch, weil sie der Illusion anhängen, mit einer gerechten Verteilung der Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung Vollbeschäftigung herstellen zu können.

Michael Wendl, Soziologe, Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*, hat von 1980 bis 2007 für die Gewerkschaften ÖTV und ver.di gearbeitet.